

**Franziska Brychcy, Maximilian Schirmer,
Anne Helm, Tobias Schulze**

Kieze organisieren: Eine neue linke Politik für Berlin

I. Metropole und Zuhause für alle — das ist unser Ziel.

Während die politische Rechte mit der Hetze gegen Migrant:innen, Linke, Grüne und Minderheiten unsere Gesellschaft jeden Tag mehr spaltet, geraten die materiellen Sorgen der Mehrheit der Menschen in unserer Stadt aus dem Blick. Dabei läuft Berlin in den kommenden Jahren mit den Haushaltskürzungen in eine dramatische Krise der öffentlichen Infrastruktur. Zugleich verschärfen sich die Verwertungsmechanismen von Grund und Boden, von Wohn- und Gewerberaum weiter.

Das Vertrauen vieler, dass demokratische und auch linke Politik, die materiellen und sozialen Krisen des kaputt gesparten Gemeinwesens beheben kann, sinkt dramatisch. Nicht nur in Berlin — wie die Wahlen in den ostdeutschen Bundesländern zeigen. Wir ziehen als Linke in Berlin daraus selbstkritisch die Konsequenz, dass wir andere Politik machen müssen — , glaubwürdig, auf Augenhöhe und von Angesicht zu Angesicht, noch stärker als Teil der Gesellschaft, die wir verändern wollen. Berlin lebt in seinen Kiezen, die so unterschiedlich sind — wir gehen dort hin, hören zu und organisieren Solidarität mit den Bewohner:innen der Kieze zusammen.

Unsere Aufgabe als linkssozialistische Großstadtpartei ist es, die materiellen Lebensbedingungen von Menschen in den Mittelpunkt zu rücken und dabei nicht an den Grenzen der bestehenden Eigentumsverhältnisse halt zu machen.

Zugleich stehen wir gegen die anhaltenden Versuche, die Berlinerinnen und Berliner anhand ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion, Lebensweise oder Orientierung zu spalten. Was andere Parteien zu Identitätsfragen aufputschen, sind für uns Fragen der Infrastruktur und des Sozialstaats. Ob Menschen klima- und umweltfreundlich mobil sein können, hängt vor allem von einer guten Infrastruktur des ÖPNV ab. Ob die Aufnahme von Geflüchteten von der Mehrheit als

problematisch empfunden wird, hängt vor allem von der Infrastruktur bei Unterbringung, ärztlicher Versorgung und Kinderbetreuung ab. Wir verstehen unseren Einsatz für eine funktionierende soziale Metropole als Beitrag im Kampf gegen den Rechtsruck. Dass die Metropole Berlin ein gutes Zuhause für alle bleibt - das ist der Antrieb und das Zentrum unserer Arbeit als Linke Berlin. Dabei werden zwei Verteilungskonflikte — die Aufwertung und Verdrängung sowie der Kahlschlag in Landes- und Bezirkshaushalten — unsere Stadt in den kommenden Jahren prägen, Menschen verunsichern und in prekäre Verhältnisse stürzen, die wir hier kurz analysieren wollen.

a) „Wem gehört die Stadt?“ — gegen Verdrängung von Menschen, Arbeit und Infrastruktur

Die Frage von Wohnungen und Räumen ist in einer Metropole wie Berlin die dringendste soziale Frage der Zeit. Wir als Linke machen den Kampf um gutes und bezahlbares Wohnen für alle, und auch um Raum für Nahversorgung, Daseinsvorsorge, Kultur und Gewerbe zu unserem absoluten Schwerpunkt Nummer 1. Nachdem Berlin in den vergangenen 15 Jahren vor allem mit Spekulation auf Bestandsimmobilien zum Hot Spot des Immobilienkapitals wurde und die Preise in Rekordhöhen stiegen, hat sich der Wind der Märkte gedreht. Die auf spekulativem Wachstum und billigen Krediten beruhenden Geschäftsmodelle etwa von Signa, Adler oder Vonovia stehen vor dem Aus. Der ohnehin am Markt der Normal- und Geringverdienenden vorbeibauende Neubau bricht weiter ein. Am Ende sollen die Berlinerinnen und Berliner die Zeche dafür zahlen. Berlin darf aber niemals eine Stadt sein, in der Investoren Beton vergolden und in der nur noch Reiche wohnen können — nicht heute und auch nicht in fünf oder zehn Jahren. Dass der Regierende Bürgermeister unter diesen Bedingungen die Umsetzung des erfolgreichen Volksentscheids zur Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne einfach

„Wir werden die grundgesetzlich geregelte Landeskompetenz für das Wohnungswesen in einem ‚Sicher-Wohnen-Gesetz‘ ausformulieren.“

absagt, anstatt ihn als Rettungsanker zu begreifen, zeigt, dass die Dramatik der Lage nicht begriffen wurde.

Im Bereich von Mietwohnungen wird der Druck auf die Mieter*innen weiter ansteigen — häufig geht dies mit der fortgesetzten Verdrängung von Normal- und Geringverdienenden aus ihren langjährigen Kiezen einher. Im Gewerbebereich zerstört der Preisdruck des Immobilienkapitals nicht nur Freiräume, etwa Clubs und andere Kultureinrichtungen, sondern auch soziale Infrastruktur wie Kitas, Beratungsstellen oder Arztpraxen. Langjährige Gewerbe- und Handwerksbetriebe geraten wegen übersteigerter Mieten unter massiven Kostendruck, nicht wenige geben auf. Das betrifft z.B. Bäcker, Werkstätten und Spätis — die unsere Kieze über Jahre geprägt haben.

Kurzum: das Zusammenleben in unseren Kiezen steht auf dem Spiel. Populistische Debatten aber, die gezielt von einigen Akteuren befeuert werden, die Menschen aufgrund von Herkunft gegeneinander ausspielen sollen, machen wir nicht mit, da sie von den eigentlichen Problemen ablenken. Wir benennen die Probleme, wo sie auftauchen, und suchen nach Lösungen, die auch tatsächlich funktionieren.

Wir kämpfen für die Umsetzung des Volksentscheids „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“, den Schwarz-Rot ignoriert. Wir unterstützen die Initiative für einen neuen gesetzlich formulierten Volksentscheid zur Vergesellschaftung großer Wohnungsbestände. Wir werden die grundgesetzlich geregelte Landeskompetenz für das Wohnungswesen in einem „Sicher-Wohnen-Gesetz“ ausformulieren und Spielräume in den Bezirken für die Verfolgung von Mietwucher und die Einschränkung von möblierten Wohnungen auf Zeit.

Mit einem kommunalen Wohnungsbauprogramm wollen wir dafür sorgen, dass endlich mehr von den Wohnungen gebaut werden, die wir tatsächlich brauchen. Bis Ende 2030 wird die Hälfte aller Sozialwohnungen aus der Bindung fallen. Wir machen uns stark für ein Rettungsprogramm für den sozialen Wohnungsbau. Die Mieten für die 380.000 landeseigenen Wohnungen wollen wir dauerhaft stabil und bezahlbar halten, anders als der Senat, der weitere Mieterhöhungen schon angekündigt hat.

Wir legen Vorschläge für die Verschärfung des Zweckentfremdungsverbotsgesetzes vor und werden auf die Umsetzung in den Bezirken drängen. Auf Bundesebene

sind Mietendeckel und Gewerbemietrecht zu erstreiten. Für uns bedeutet dieser Kampf konkret, dass wir parlamentarische Initiativen mit notwendigem Protest verbinden und im Einzelfall Hilfe leisten.

Hausgemeinschaften haben sich berlinweit organisiert und bilden Zellen des Widerstands bei Verkäufen, Modernisierungen oder Zwangsräumungen. Wir reißen uns ein in diese Bewegung. Wir stellen immer wieder die Frage: Wem gehört die Stadt?

b) Haushalt mit Milliardendefizit — unsere Alternativen zu Kahlschlag und Privatisierungen

Wir legen im Parlament machbare Alternativen zu Sozialkahl Schlag und Privatisierungen vor, denn 2025 fehlen voraussichtlich etwa drei Milliarden Euro im Haushalt des Landes Berlin, ab 2026 mehr als fünf Milliarden. Das sind deutlich mehr als zehn Prozent. Dazu kommt die Inflation inkl. Tarifsteigerungen, gestiegene Bau- und Beschaffungskosten und Raumkosten, die nicht gegenfinanziert werden. Weitere Haushaltsrisiken bestehen in der fatalen Steuersenkungspolitik der FDP-geführten Bundesregierung.

Schwarz-Rot ist dieser Herausforderung ganz offensichtlich nicht gewachsen. Die CDU hat mit nicht finanzierten Geschenken und substanzlosen Versprechen die Wiederholungswahl gewonnen, die SPD sich auf die vermeintlich einfacher mitzuregierende Seite geschlagen. Kai Wegner stellt jetzt (!) fest, dass die Welt wesentlich komplizierter ist als in seinen populistischen Wahlkampfbroschüren. Der Koalitionsvertrag ist nur noch ein Stück Altpapier. Es bleibt der Frust, der auf diejenigen gelenkt wird, die ohnehin schon am wenigsten haben.

In dieser dramatischen Situation verhandelt Schwarz-Rot in Hinterzimmern, anstatt mit der Stadt in die Debatte darüber zu gehen, wie die Stadt in fünf Jahren aussehen soll. Strukturelle Entscheidungen werden bis auf den letzten möglichen Tag geschoben und die Menschen Berlins vor vollendete Tatsachen gestellt. Mit den milliardenschweren Pauschalen Minderausgaben (PMA) und Kürzungen bei den Investitionen hat die Koalition den intransparentesten und undemokratischsten Weg gewählt, mit der desaströsen Haushaltslage umzugehen. Die Rücklagen aus rot-grünen Zeiten wurden aufgebraucht. Personalgewinnung und -entwicklung werden unter den Bedingungen von

Investitionskrise und Stellenstreichungen schwieriger, die Überlastung wird steigen, Arbeitsbedingungen sich verschlechtern — eine Abwärtsspirale droht.

Egal ob Verwaltung und Bezirke, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Sozialträger, Hochschulen oder Krankenhäuser — alle Bereiche der öffentlichen Infrastruktur Berlins werden unter massiven Druck geraten. Am Ende eines solchen Weges stehen die Haushaltssperre und der Einstellungsstopp.

Die Stadt steht durch die schwarz-rote Politik vor einer Krise, ihre Funktionsfähigkeit wird gefährdet. Erste öffentlich Kürzungslisten zeigen, dass praktisch alle sozialen Errungenschaften, die Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen entlasten, zur Disposition stehen: ob kostenlose Leistungen für Kinder wie ÖPNV-Schülertickets, Mittagessen oder KiTa- und Hortbetreuung, ob das 29-Euro-Ticket oder vergünstigte Kulturangebote.

Unter dem Diktat der unsinnigen Schuldenbremse müssen Investitionen jedoch über alternative Finanzierungsformen gestemmt werden, wenn der laufende Haushalt geschont werden soll. Wir als Linke haben dafür Vorschläge gemacht: Transaktionskredite der öffentlichen Unternehmen und andere Kreditprogramme sowie kommunale Infrastrukturgesellschaften. Wenn diese Finanzierungsformen im kommenden Jahr und spätestens 2026 wirken sollen, dann müssten diese eigentlich seit einem Jahr geplant und jetzt umgesetzt werden.

Stattdessen diskutiert die Koalition in Hinterzimmern mit finanzkräftigen Lobbys bereits über Privatisierungen öffentlicher Aufgaben. Ob Krankenhausstandorte wie der Wenckebach-Campus, Kultureinrichtungen wie die zu sanierende Komische Oper oder die Alte Münze, Verkehrsleistungen der BVG oder Schul- oder Hochschulbau: trotz der desaströsen Erfahrungen mit Privatisierungen oder Public Private Partnerships bereitet insbesondere die CDU derartiges vor anstatt den aufwändigeren, aber nachhaltigen Weg zu gehen und kommunales Eigentum auch unter schwierigen Bedingungen zu sichern und für die Zukunft zu finanzieren.

Gerade weil wir uns als Linke an die Sarrazin-Jahre erinnern, wissen wir: unsinniges Kürzen beim Personal und bei Investitionen sowie das Verscherbeln der Stadt an Private bringen nur kurzfristig Luft in den Haushalt. Die Probleme kommen mit großer Wucht zurück: wenn die Infrastruktur kaputt und das Personal weg ist, lässt sich das nur mit sehr viel größerem Aufwand oder auch gar nicht mehr reparieren. Und noch schlimmer, die Stadt wird die Auswirkungen spüren. Menschen werden entlassen, Beratungsstellen müssen schließen,

Angebote für Kinder und Jugendliche werden zurückgefahren und Senior:innen finden kaum noch Orte der Begegnung. Sie werden allein gelassen.

Wir als Linke streiten dafür, dass die Debatte über die Zukunft Berlins aus den Hinterzimmern der Koalition in die Öffentlichkeit geholt wird. Nicht nur Träger und Sozialverbände müssen planen können, auch Hochschulen, Sozial- und Kultureinrichtungen, Verkehrsunternehmen oder Bezirke. Beschäftigte in der Verwaltung, in öffentlichen Unternehmen und bei Trägern brauchen verlässliche Perspektiven.

Prestigeprojekte wie eine Olympiabewerbung, der Neubau des Jahnsporthparks oder Wahlgeschenke wie die Umzäunung des Görlitzer Park lehnen wir ab. Ein kostenloses Mittagessen für alle in der Grundschule, kostenlose Kitas oder das kostenlose Schüler:innenticket hingegen haben sich bewährt, zumal eine Wiedereinführung von Gebühren vor allem Familien mit mittleren und geringen Einkommen treffen und zudem einen hohen Personalaufwand bei der Einkommensprüfung nach sich ziehen würde. Das Land Berlin muss sich endlich nachdrücklich für die Abschaffung der ideologisch motivierten Schuldenbremse einsetzen.

Nicht nur deshalb sind Debatten über der Privatisierung oder Teilprivatisierung öffentlicher Infrastruktur oder Daseinsvorsorge Gift für die Stadt. Die Linke hat bereits vor Jahren eine Privatisierungsbremse vorgeschlagen. Die Situation hat sich seitdem dramatisch verschärft. Daher braucht es jetzt keine Bremse mehr, sondern ein tatsächliches Privatisierungsverbot in der Verfassung. Das wollen wir mit allen demokratischen Fraktionen umsetzen. Sollte das nicht klappen, ist auch ein Volksbegehren denkbar.

Gleiches gilt für öffentlichen Grund und Boden: er ist die zentrale Ressource für eine solidarische Entwicklung der Stadt. Gegen Privatisierungsdebatten wollen wir ein grundsätzliches Verkaufsverbot mit einem Bodensicherungsgesetz fixieren.

Die Berliner Geschichte, gerade die jüngere, zeigt wie kurzfristig Privatisierungen sind. Dem einen gesetzlichen Riegel vorzuschieben, heißt auch daraus die Lehre zu ziehen.

„Die Menschen werden nicht fragen, wer wann hätte handeln sollen.“

II. Folgen von Verdrängung und Entfremdung: Politik in der Legitimationskrise

Die stadtpolitischen Verteilungskämpfe, die mit Verdrängung und Haushaltskürzungen einhergehen, haben Gewinner:innen und Verlierer:innen. Auf der Verlierer:innenseite steht die Mehrheit der Berliner:innen, die Menschen mit mittleren und geringen Einkommen. Sie können sich Mieten nicht mehr leisten, sie finden keine Wohnung, sie sind anders als Reiche besonders auf eine gute öffentliche Daseinsvorsorge angewiesen und von Preis- und Gebührensteigerungen überdurchschnittlich betroffen. Es sind die Menschen, die im Krankenhaus oder Pflegeheim arbeiten, in KiTas, Schulen oder bei der BSR, in Behörden und Bezirksämtern, bei Polizei und Feuerwehr, in Handwerksbetrieben, in Hotels oder im Einzelhandel, die unsere Stadt am Laufen halten. Es sind aber auch Soloselbständige und Kleinunternehmer:innen. Dazu kommt der große Bereich prekär arbeitender Menschen — ob als Scheinselbständige bei Dienstleistungsplattformen oder in geringfügigen und befristeten Jobs oder der Leiharbeit. Das sind die Menschen, ohne die unsere Stadt keine Sekunde funktionieren würde.

Wenn es die Politik nicht schafft, diese große Gruppe von Menschen mit mittleren und geringen Einkommen vor den Verdrängungseffekten profitorientierter Stadtentwicklung zu schützen. Wenn es die Politik nicht schafft, ein funktionierendes Gemeinwesen zu organisieren und zu finanzieren, das für die Menschen da ist, wenn sie es brauchen — dann wird das Vertrauen in die Demokratie weiter abnehmen. Die Menschen werden nicht fragen, wer wann hätte handeln müssen, sondern sehen, dass es nicht funktioniert und werden sich von allen demokratischen Parteien und dem politischen System als Ganzes abwenden — wir sind mitten in dieser Spirale.

III. Unsere Konsequenz: Direkte Politik im Kiez

Wir als Berliner Linke ziehen aus dem fehlenden Vertrauen die Konsequenz, dass wir anders Politik machen müssen. Viele Menschen bekommen von dem, was Parteien oder Fraktionen tun, kaum etwas mit.

Wir wollen gerade die Menschen erreichen, die sich bereits von der Politik abgewendet haben, weil sie nicht mehr glauben, dass politische Versprechungen auch wirklich eingelöst und umgesetzt werden. Wir können auch nicht alle Missstände sofort beheben, aber glaubhaft zeigen, dass wir überall dort sind, wo Menschen von Verdrängung bedroht werden, um sie zu unterstützen, Rechtsberatung zu organisieren und mit ihnen für ihre Rechte zu kämpfen. Wir sind nur einer Lobby verpflichtet: den Berliner:innen.

Unsere Stadt - mit all ihren schönen Seiten, mit der Gemeinschaft und den Orten für Erholung und Kultur, aber auch mit den schwierigen Seiten, Verdrängung, Verschmutzung, Lärm, Unsicherheit — wird vor allem im Kiez wahrgenommen. Hier findet der Alltag statt, hier brauchen die Menschen ihre Infrastruktur und kommen zusammen.

Wir gehen in die Fläche, in die Kieze unserer Stadt. Und zwar in die, in denen sich die Probleme der Verdrängung ballen und in Kieze, in denen sich die Menschen von der Politik allein gelassen fühlen.

Das sind einerseits die von massiver Aufwertung betroffenen Viertel in Wedding, Moabit, Kreuzberg, Friedrichshain oder Neukölln-Nord. Dort findet ein Kampf um Freiräume und Kultureinrichtungen, aber vor allem um bezahlbaren Wohnraum statt. Wir organisieren hier mit den vielfältigen Bewegungen vor Ort den Widerstand gegen den kapitalistischen Ausverkauf unserer Stadt.

Wir gehen aber auch in die Kieze, die von den meisten Parteien, Medien und den hitzigen politischen Debatten kaum beachtet werden. In denen die leisen Menschen wohnen, die allzu oft keine „Szene“ haben. Kieze, in denen es an ärztlicher Versorgung mangelt, in denen Post- und Bankfilialen schließen, sich der Sperrmüll stapelt und Freizeiteinrichtungen Mangelware sind. Die liegen nicht nur im Osten, in Hohenschönhausen, Buch, Marzahn oder Altglienicke, sondern auch im Märkischen Viertel, in der Thermometersiedlung, in der Gropiusstadt oder im Falkenhagener Feld. Wir wollen hier vor allem Menschen ansprechen, die nicht mehr wählen und mit Politik wenig

Berührungspunkte haben. Denn das ist unsere Aufgabe als Linke: Die starke Stimme für diejenigen zu sein, die in Talkshowdebatten zu wenig Gehör bekommen, die für rechte Kulturkämpfe keine Zeit und keinen Nerv haben und deren Alltag in keiner Hochglanzzeitung oder Insta-Story vorkommt, weil sie damit beschäftigt sind, diese Stadt und ihr eigenes Leben am Laufen zu halten. An ihrer Seite werden wir stehen.

Wir können nicht überall in der Stadt mit der gleichen Intensität Präsenz zeigen. Aber dort, wo die Kämpfe um die Stadt geführt werden, wo sie große Auswirkungen haben, wo linke Politik gebraucht wird, da werden wir sein.

IV. Instrumentenkasten linker Politik

Ziel unserer Arbeit der kommenden Jahre ist eine glaubwürdige Arbeit in den Kiezen, von Angesicht zu Angesicht, um die Ecke, auf der Straße, in der Nachbarschaft. Es geht um Sozialsprechstunden und Unterstützung in Notlagen, um Zusammenarbeit mit Initiativen und Vereinen, um die Politisierung lokaler Konflikte in den Bezirksverordnetenversammlungen und im Abgeordnetenhaus. Wir sind da bei Problemen mit der Miete oder den Sozialleistungen genauso wie bei Debatten um Neubauprojekte, die öffentliche Infrastruktur oder Verkehrswege.

Es geht nicht darum die Menschen zu überzeugen, sondern zuzuhören, sie und ihre Wünsche einzubeziehen oder einfach Orte der Begegnung und der Gemeinschaft zu schaffen. Daher organisieren wir Kinderfeste oder Kochabende an Orten, an denen so etwas selten oder nie stattfindet. Wir machen linke Politik auch für Menschen, die sich als unpolitisch begreifen. Denn Politik ist mehr als Anträge und Ausschüsse und findet immer dort statt, wo Menschen sich treffen und sich austauschen. Dort, wo der Staat mit seinen Angeboten nicht mehr präsent ist, dort werden wir sein und das soziale Leben mitgestalten.

Wir wollen weiter eine moderne Großstadtlinke entwickeln, deren Aufgabe die radikal parteiische Vertretung derjenigen ist, die bei der kapitalistischen Metropolenentwicklung unter die Räder zu geraten drohen. Keine Partei für Linke, sondern eine linke Partei für alle. Eine solche Partei, lokal verankert, kann regieren, aber sie muss es nicht, um wirksam zu sein. Wirksamkeit in diesem Sinne heißt Kümmern, Organisieren und Solidarität. Wir gehen raus aus den Parteigremien, rein in das Leben unserer Stadt — egal ob Abgeordnete oder Basismitglied, ob mit Funktion oder ohne. Dabei soll jeder und jede die Möglichkeit finden, sich zu engagieren und mit Spaß dabei zu sein.

a) Die Linke hilft — Sozialberatungen und Sozialfonds

Wir unterstützen Menschen, die Hilfe suchen und oft zu wenig über ihre Rechte wissen. Abgeordnete und BVV-Fraktionen bieten Sozial- und Mietensprechstunden an, über die Strukturen von Die Linke hilft können sachkundige Mitglieder unserer Partei und Anwält:innen Menschen in Not helfen.

Ob es um Mieterhöhungen, Modernisierungsankündigungen der überhöhte Nebenkostenabrechnungen geht - wir unterstützen. Nicht nur einmal konnten wir bisher schon erreichen, dass Mieter:innen sich erfolgreich wehren konnten — etwa bei Nebenkostennachzahlungen in Lichterfelde, Charlottenburg oder Treptow. Wir nehmen den Kampf um bezahlbaren Wohnraum aus den Wohnblöcken mit in das Parlament und in die BVVen. Zusammen mit vielfältigen Mieter:inneninitiativen und Nachbar:innenschaftsvereinen treten wir aktiv an unsere Nachbar:innen heran, erfahren, was sie umtreibt und laden sie zu unseren Angeboten ein. So wird Die Linke wieder flächendeckend ein sozialer Bezugspunkt für den gesamten Kiez.

In Sozialsprechstunden helfen wir bei Problemen mit Sozialamt und Jobcenter, verweisen an die richtigen Ansprechpartner:innen in den Ämtern, schreiben Briefe und organisieren Termine. Über einen Sozialfonds aus ihren Diäten unterstützen Abgeordnete, wenn mal Not am Mann oder an der Frau ist. Gleichzeitig helfen wir den Menschen dabei sich zu organisieren. Denn als Partei helfen wir denen, die es sonst nicht schaffen, die neben Kindern und Job einfach nicht die Zeit finden. Wir teilen die Arbeit solidarisch auf und jeder und jede leistet was eben gerade geht.

b) Mieter:innenversammlungen und Kiezsatzschläge

Wir als Linke organisieren Mieter:innenversammlungen oder Kiezsatzschläge, ziehen sachkundige Expert:innen sowie MdA, Verordnete und Stadträt:innen hinzu, wenn es Probleme im Kiez, in der Straße oder im Häuserblock gibt, ob bei Bau- oder Modernisierungsvorhaben, Mieterhöhungen, Eigenbedarfskündigungen oder Nebenkostenabrechnungen, aber auch bei fehlender oder wegbrechender Infrastruktur. Gemeinsam ist man stärker und oft hilft es, wenn sich die Betroffenen vernetzen und wir gemeinsam nach politischen Wegen zur Verbesserung suchen. Wir können dabei helfen, Aktiv:innengruppen zu gründen und diese bei der Arbeit zu begleiten.

c) Sozialberatungen und Sozialfonds

Gemeinsam mit den Betroffenen, mit den Vereinen und Trägern, mit den Beschäftigten und Gewerkschaften werden wir den Protest auf die Straße und ins Parlament tragen,

- wenn sich die Kürzungspolitik von Schwarz-Rot in den Kiezen niederschlägt,
- wenn Straßensanierung, Fahrzeugbeschaffung und Radwegbau abgesagt werden,
- wenn Netzerweiterungen und Taktverkürzungen im ÖPNV weit in die Zukunft verschoben werden und stattdessen der ÖPNV zusammenbricht
- wenn Angebote sozialer Träger etwa für Obdachlose oder andere benachteiligte Gruppen abgebaut werden,
- wenn KiTas, Schulen und Hochschulen die Kürzungen durch weniger Personal und mehr Überlastung zu spüren bekommen,
- wenn Kultureinrichtungen die Förderung gestrichen wird,
- wenn die Hauptstadtzulage nicht ausgeweitet, sondern abgeschafft werden soll und
- wenn die Standards der Hilfen für behinderte Menschen abgesenkt werden sollen.

Vor allem die Träger der Sozial- und Jugendarbeit leisten unfassbar wichtige Arbeit und sind oft die ersten, die von Kürzungen betroffen sind. Wir werden uns einer solchen Politik mit lauter Stimme im Abgeordnetenhaus, in den BVV und auf den Straßen der Stadt in den Weg stellen. Gemeinsam mit den Vielen werden wir Schwarz-Rot stellen.

d) Gut organisiert in die Kieze

Für die Präsenz in allen Teilen der Stadt, innen wie außen, wird es nötig sein, neue Partner:innenschaften innerhalb unserer Partei zu bilden: der Großteil der neuen und jungen Aktiven ist in den genannten Innenstadtkiezen eingetreten. Gebraucht wird diese Kraft aber auch für die Präsenz und Organisation in den Großsiedlungen außerhalb. Daher setzen wir auf den weiteren Ausbau linksaktiver Strukturen, die den mobilen Mitgliedern ein politisches Arbeiten in unseren Schwerpunktkiezen ermöglichen. Die Präsenz von Mandatsträger:innen aus Abgeordnetenhaus und BVV werden wir ebenfalls auf diese Schwerpunktkieze orientieren. Unsere Medien- und Öffentlichkeitsarbeit stellt sich in den Dienst der Vernetzung und des Organizing in den Kiezen. Wir wollen zuhören und aufnehmen, was die Menschen bewegt, und Strukturen der gemeinsamen Arbeit schaffen.